

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

Bangladesch erhält gute Noten in der Armutsbekämpfung

Die britische Wochenzeitschrift *The Economist* schreibt, Bangladesch habe trotz der schwierigen politischen Situation und zwischenparteilicher Grabenkämpfe erstaunliche Erfolge in der Armutsbekämpfung erzielt. So sei die Lebenserwartung zwischen 1990 und 2010 von 59 auf 69 Jahre angestiegen. Diese liege damit um vier Jahre höher als im benachbarten Indien, obwohl dieses im gleichen Zeitraum doppelt so viel Vermögen angesammelt habe. Zudem haben, so der *Economist*, mittlerweile 90 Prozent der Mädchen Zugang zu Schulen, so dass auch im Grundbildungssektor von großen Fortschritten gesprochen werden kann. Außerdem habe sich die Säuglingssterblichkeit seit 1990 halbiert, die Kindersterblichkeitsrate sei um zwei Drittel und die Müttersterblichkeit sogar um drei Viertel gefallen. Die Zeitschrift argumentierte, die Erfolge seien auch trotz eines relativ schwachen Wirtschaftswachstums erzielt worden. Interessant sei dabei der Vergleich mit Indien, das trotz einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von acht Prozent weniger Erfolge in der Armutsbekämpfung erzielt habe. Wirtschaftswachstum sei daher nicht mit Armutsreduzierung gleichzusetzen. Gründe für den Erfolg lägen unter anderem in einer besseren Familienplanung, den verbesserten Bildungschancen für Arme, dem Anstieg der Einkommen ländlicher Haushalte durch verbesserte Anbau- und Erntemöglichkeiten, Arbeitsmigration sowie einem Klima, in dem Nichtregierungsorganisationen im Vergleich zu ähnlich armen Ländern relativ frei arbeiten könnten. Trotz aller Erfolge stehe Bangladesch immer noch vor großen Herausforderungen: Mangelernährung sei weiterhin stark verbreitet und auch die Qualität der Bildung müsse verbessert werden, da nur ein Viertel der Elfjährigen altersentsprechende Lesefähigkeit und mathematische Kenntnisse aufweisen könnte. Außerdem sehen die Autoren in der angespannten politischen Situation eine Gefahr für die erreichten Fortschritte.

Gewalt gegen Buddhisten in Rangamati

Ende September haben Muslime buddhistische Tempel und Häuser in Ramu sowie weiteren Orten im Südosten des Landes in Brand gesteckt. Rund 25.000 Menschen haben sich, so die Medienberichterstattung, zu Protesten versammelt. Auslöser für die Unruhen war eine angebliche Koran-Beleidigung auf Facebook. Min-

destens elf Tempel und 100 Häuser und Läden seien, so ein lokaler Journalist, in Flammen aufgegangen. Die Behörden riefen Armee und Grenzschrützer zur Verstärkung in die rund 350 Kilometer von der Hauptstadt Dhaka entfernte Region und verhängten ein Versammlungsverbot. Die Polizei nahm rund 300 Personen fest. Das Gebiet grenzt an das mehrheitlich buddhistische Burma, wo seit Juni bei Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya mindestens 80 Menschen getötet und zehntausende Muslime in die Flucht getrieben wurden. Die Regierung von Bangladesch machte auch Rohingya für die Attacken vom September verantwortlich. Buddhisten machen weniger als ein Prozent der Bevölkerung Bangladeschs aus. Sie leben hauptsächlich im Südosten des Landes an der Grenze zu Myanmar. Die Ausschreitungen vom September zählen zu den bisher schwersten.

Klimawandel: Studie zu Sicherheitsrisiken und Internetportal

Ben Saul beschreibt in seiner neuen Studie *The Security Risks of Climate Change Displacement in Bangladesh* vom August 2012, dass die klimatischen Veränderungen eine verstärkte Binnenmigration in Bangladesch verursachen werden. Dies werde die Entwicklung weiterer städtischer Slums zur Folge haben und dadurch die Folgen der schon bestehenden Landflucht verstärken. Die Regierung müsse einerseits den Zugang der Ärmsten zu Land sichern und gleichzeitig in den sozialen Wohnungsbau in den Städten investieren. Dagegen sehe er keine Gefahr für eine Radikalisierung durch islamistische Organisationen, wenn sich durch den Klimawandel die Armut verstärke. Religiöser Extremismus habe grundsätzlich wenig Nährboden in der bangladeschischen Gesellschaft. Ein neues Internetportal zum Klimawandel hat das *International Centre for Climate Change and Development* der *Independent University* in Dhaka unter www.ccResearchBangladesh.org eingerichtet. Hier werden aktuelle Forschungsergebnisse zum Klimawandel in Bangladesch veröffentlicht.

Landkonflikte mit Indigenen

Die NGO *Jatiya Adivasi Parishad* (JAP) berichtet, dass im Distrikt Dinajpur, im Nordwesten Bangladeschs, in den vergangenen zehn Jahren 36 Indigene aufgrund von Landkonflikten ums Leben gekommen sind. Immer wieder griffen bengalische Siedler Angehörige indige-

ner Gruppen an. JAP dokumentierte zudem zahlreiche Fälle von Vergewaltigungen indigener Mädchen und Frauen. Die Mehrheit der rund 250 Menschen, die im Zuge der Todesfälle angeklagt wurden, seien niemals strafrechtlich verfolgt worden. JAP berichtet, dass die mangelnde Strafverfolgung und der unzureichende Schutz immer mehr Angehörige der indigenen Gruppen zur Flucht ins Ausland veranlasst habe. Laut Aufzeichnungen waren in den 1960er Jahren noch rund 60 Prozent des Landes im Distrikt Dinajpur im Besitz indigener Gemeinschaften, während es in den 1970er Jahren nur noch 30 Prozent waren. Gegenwärtig sollen nur noch zwei Prozent des Landes den indigenen Gemeinschaften gehören. Im vergangenen Oktober organisierte JAP einen Protestmarsch: Die Organisation fordert ein Gesetz zum Schutze der indigenen Minderheiten, eine nationale Kommission für die Angelegenheiten der Indigenen und eine unabhängige Landkommission.

Syeda Rizwana Hasan spricht im Europäischen Parlament

Die bekannte Umweltrechtsanwältin Syeda Rizwana Hasan, Direktorin der Umweltschutzorganisation *Bangladesh Environmental Lawyer's Association* (BELA), informierte im November das Europaparlament über die aktuelle Situation der Arbeiter in den Schiffsfriedhöfen im Süden Bangladeschs. Die Europäische Union diskutiert derzeit eine neue Verordnung zum Recycling von Schiffen. Hasan, die 2009 für ihr Engagement gegen die Folgen des Shipbreaking den prestigeträchtigen *Goldman Environmental Prize* erhielt, hat in Bangladesch wegweisende gerichtliche Erfolge gegen den Import von Schrottschiffen erzielt. Sie rief das Europaparlament dazu auf, das Exportverbot für Schrottschiffe in Entwicklungsländern aufrechtzuerhalten und auszuweiten. Außerdem forderte sie von Parlamentariern, die Reedereien und Schiffseigner in die Verantwortung zu nehmen und an den Kosten der Verschrottung zu beteiligen. Auf den Stränden kommt es regelmäßig zu schweren Unfällen, bei denen Arbeiter verletzt oder getötet werden. Sie zählen laut Internationaler Arbeitsorganisation ILO zu den gefährlichsten Arbeitsplätzen der Welt.

Human Rights Watch: Familiengesetz behindert Frauenrechte

In einem neuen Bericht über das diskriminierende Heirats- und Scheidungsrecht in Bangladesch macht die internationale Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* darauf aufmerksam, dass Frauen und Mädchen nach Trennungen oder Scheidungen oft sehr schlecht gestellt sind: Ihnen drohe, begünstigt durch das Heirats-, Trennungs-

und Scheidungsrecht, Armut, Hunger und Obdachlosigkeit. Das muslimische Familienrecht erlaubt den Männern Polygamie, erschwert Scheidungen von Frauen und kennt nur ein eingeschränktes Unterhaltsrecht. Zudem haben Frauen nach einer Scheidung nicht den gleichen Anspruch auf eheliche Güter, auch wenn sie zu deren Erwerb maßgeblich beigetragen haben. Durch eine Befragung von Frauen fand die Menschenrechtsorganisation heraus, dass Männer – trotz einer entsprechenden gesetzlichen Regelung – meist keine Zustimmung ihrer Frauen einholen, wenn sie eine weitere Ehe schließen wollen.

Parlamentswahlen 2014

Der *Economist* befürchtet vor den bangladeschischen Parlamentswahlen 2014 eine Eskalation zwischen den beiden großen politischen Lagern, der regierenden *Awami League* (AL) sowie der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP). 2011 hat die AL-geführte Regierung die Regelung abgeschafft, dass vor Wahlen eine neutrale Interimsregierung gebildet wird. Diese sollte Wahlmanipulation durch die bestehende Regierung verhindern. Die oppositionelle BNP protestiert gegen die Abschaffung der parteineutralen Interimsregierung und droht mit Wahlboykott. Diese Drohung sei, so der *Economist*, aber nicht besonders stark, da sich die BNP derzeit nicht sehr geschlossen zeige und gleichzeitig viele Kandidaten auf eine mögliche Wiederwahl spekulieren. Ausstehende Gerichtsurteile gegen 29 BNP-Politiker sowie mögliche Todesurteile des Kriegsverbrechertribunals gegen Führungspersonen der drittgrößten Oppositionspartei *Jamaat-e-Islami* können die Spannungen verstärken.

Khorshed Alam verstorben

Im Alter von 46 Jahren ist Khorshed Alam, einer der führenden Arbeitsforscher für die Textilbranche Bangladeschs, überraschend in Dhaka verstorben. Seit vielen Jahren hat er eng mit Organisationen aus der ganzen Welt zusammengearbeitet und durch seine Studien und Interviews mit Textilarbeiterinnen die Zustände in den Fabriken öffentlich angeprangert. Zehn Jahre lang hat er zusammen mit der „Kampagne für saubere Kleidung“ auf deutscher und internationaler Ebene durch seine unerschrockene und mutige Aufklärungsarbeit schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt. In Deutschland sind vor allem seine Studien und Interviews zu Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben der Discounter Lidl, Aldi und Kik bekannt geworden. Gleichzeitig war er für viele Europäer in Dhaka – Studenten, NGO-Mitarbeiter und Journalisten – ein zentraler Ansprechpartner. Zahlreiche Organisationen aus Deutschland haben ihre Bestürzung über den Tod des Aktivisten zum Ausdruck gebracht.